

Osterreichischen Hochschüler_innenschaft
Taubstummengasse 7-9
1040 Wien

**Bundesministerium für Frauen,
Wissenschaft und Forschung**

z.Hd. Mag. Martin Schmid (Sektion II, Abteilung
II/5 – EU- und OECD-Forschungspolitik)
via Mail: Martin.Schmid@bmfwf.gv.at

24. August 2025

**Betreff: Stellungnahme der Österreichischen
Hochschüler_innenschaft zum Entwurf des Aktionsplans für
den europäischen Forschungsraum (ERA-NAP) 2026–2028**

Sehr geehrter Herr Mag. Schmid!

Die Bundesvertretung der Österreichischen Hochschüler_innenschaft nimmt im Folgenden Stellung zum Entwurf des Nationalen Aktionsplans für den Europäischen Forschungsraum (ERA-NAP) 2026–2028.

Der ERA-NAP ist aus unserer Sicht nicht nur ein strategisches Instrument zur internationalen Positionierung Österreichs im europäischen Forschungsraum, sondern er definiert auch entscheidende Rahmenbedingungen für die nächsten Generationen von Forschenden. Deshalb ist es für uns von zentraler Bedeutung, dass die Anliegen von Studierenden und Nachwuchsforschenden in diesem Prozess Gehör finden und in die Umsetzung integriert werden. Besonders positiv hervorzuheben ist die Betonung von Internationalisierung, Gleichstellung und Talentförderung. Dennoch bleibt aus studentischer und hochschulpolitischer Sicht deutlich erkennbar, dass zentrale Problemlagen für Studierende und Nachwuchsforschende in Österreich unzureichend adressiert werden.

So ist zunächst auffällig, dass die Einbindung von Studierenden im Aktionsplan nahezu keine Rolle spielt, dabei sind sie diejenigen, die unmittelbar von den Maßnahmen betroffen sind. Der Übergang vom Studium in eine Forschungslaufbahn ist für viele Studierende mit Unsicherheiten und Hürden verbunden, die im ERA-NAP bislang nicht abgebildet sind. Die fehlende Miteinbeziehung wird besonders deutlich im Bereich der „Knowledge Valorisation“: Die Institutionalisierung des NCP-IP liegt ausschließlich bei den zuständigen Ministerien sowie aws und FFG. Eine explizite Einbindung von Studierenden oder Nachwuchsforschenden ist nicht vorgesehen. Dadurch besteht die Gefahr einer einseitigen Ausrichtung auf institutionelle und wirtschaftliche Interessen, während die Stimmen derjenigen fehlen, die künftig in Forschung und Wissenschaft tätig sein werden. Eine explizite, strukturelle Einbindung von Studierenden wäre daher essenziell.

Eng mit dieser Lücke verbunden ist die Frage der Beschäftigungsbedingungen im Wissenschaftsbetrieb. Der Aktionsplan erwähnt zwar die Stärkung attraktiver Berufsperspektiven, bleibt aber auf einer sehr allgemeinen Ebene. Die Realität ist von prekären Arbeitsverhältnissen und unsicheren Perspektiven geprägt, was im Speziellen auch PhD-Studierende betrifft. Für viele Nachwuchsforschende ist dies nicht nur eine existenzielle Belastung, sondern auch ein Hindernis für kontinuierliche wissenschaftliche Arbeit. Wir sehen hier einen dringenden Bedarf an verbindlichen Maßnahmen zur Eindämmung prekärer Beschäftigung und einer nachhaltigen Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Hochschul- und Forschungssektor, indem beispielsweise unbefristete Arbeitsverträge gewährleistet werden. Nur so kann tatsächlich von „attraktiven Forschungskarrieren“ die Rede sein.

Darüber hinaus zeigt sich eine deutliche Lücke im Bereich sozialer Absicherung und Chancengerechtigkeit. Der Entwurf spricht zwar Diversität an, bleibt aber vage und verzichtet auf konkrete Maßnahmen, um soziale Barrieren im Zugang zu Hochschulen und wissenschaftlichen Laufbahnen abzubauen. Der Zugang zu einer beruflichen Laufbahn in Wissenschaft und Forschung darf nicht vom sozioökonomischen Hintergrund abhängen. Es braucht daher gezielte Förderinstrumente und Unterstützungsmaßnahmen, die auch Studierende und Forschende aus weniger privilegierten Gruppen berücksichtigen. Ohne eine solche soziale Dimension bleibt der Anspruch auf Chancengleichheit, und vor allem Chancengerechtigkeit, unvollständig.

Auch die geplanten Maßnahmen im Bereich Künstliche Intelligenz bedürfen einer kritischen Auseinandersetzung. Der Entwurf spricht von einer breiten Nutzung in Wissenschaft und Lehre – doch es erscheint unklar, was dies konkret bedeutet. Für uns ist entscheidend, dass KI verantwortungsvoll, transparent und kritisch-reflektiert eingesetzt wird. Eine unkontrollierte Ausweitung birgt die Gefahr, dass bestehende Machtasymmetrien verstärkt, soziale Ungleichheiten verschärft, kritisches Denken geschwächt und Bildung zur bloßen Wissensproduktion im Dienste ökonomischer Verwertungslogik degradiert wird. Stattdessen sollte die Nutzung von KI eng an Prinzipien von Offenheit, ethischen Standards und einem klaren Mehrwert für Lehre und Forschung ausgerichtet werden. Insbesondere in der Lehre muss der Einsatz von KI didaktisch begründet sein und darf nicht zu einer Verschlechterung der Lern- und Betreuungsqualität führen.

Ein zentrales Anliegen ist für uns die Frage von Gerechtigkeit und Intersektionalität und der gesellschaftlichen Verantwortung von Wissenschaft. Hierbei begrüßen wir sehr die Planung zur Bekämpfung von geschlechterbasierter Gewalt an österreichischen Hochschul- und Forschungseinrichtungen. Bei institutionellen Codes of Conduct sehen wir die Notwendigkeit von klaren Konsequenzen, falls dieser gebrochen wird. Geschlechtergerechtigkeit und Diversität müssen jedoch nicht nur in Form von Gleichstellungsplänen, sondern strukturell in allen Forschungsfeldern und Fördermechanismen verankert werden.

Auch bei der Finanzierung großer Forschungsinfrastrukturen ist es notwendig, dass Mittel nach transparenten, sozialen und ethischen Kriterien vergeben werden, anstatt Forschung vorrangig nach wirtschaftlicher Verwertbarkeit auszurichten. Eine Priorisierung „geldbringender“ Projekte widerspricht dem Anspruch, Wissenschaft als öffentliche Aufgabe zu verstehen und gefährdet grundlagenorientierte sowie gesellschaftskritische Forschung. Darüber hinaus sehen wir einen zunehmenden Einfluss großer Unternehmen auf die Forschungslandschaft kritisch. Wenn finanzstarke Akteur:innen Forschungsagenden dominieren, droht Wissenschaft in Abhängigkeit von ökonomischen Interessen zu geraten. Der ERA-NAP sollte hier klare Grenzen setzen. In dieselbe Richtung geht unsere Kritik an der Logik von Leistungsvereinbarungen, die kurzfristige Steuerungseffekte über langfristige Entwicklungsziele stellen. Problematisch ist in diesem Kontext die Vorgabe, Universitäten müssten vermehrt Spin-offs hervorbringen, denn solche Zielvorgaben verengen Wissenschaft auf Marktorientierung und ökonomische Verwertbarkeit und blenden ihren gesamtgesellschaftlichen Auftrag aus.

Auch die Ziele zur Internationalisierung und Mobilität bedürfen einer kritischen Reflexion. Zwar wird Mobilität als zentrales Element einer europäischen Forschungslandschaft benannt, doch die sozialen Hürden, die einige Studierende von Mobilitätsprogrammen ausschließen, werden nicht berücksichtigt. Ohne ausreichende finanzielle Unterstützung und soziale Absicherung bleibt internationale Mobilität ein Privileg für wenige. Im Bereich internationaler Kooperationen möchten wir festhalten: Kooperation ist wichtig und erstrebenswert, darf aber nicht auf Kosten von Menschenrechten, Friedenspolitik oder demokratischen Prinzipien erfolgen. Forschung, die diese Werte verletzt – etwa Rüstungsprojekte oder fossile Projekte – soll ausgeschlossen werden. Wir erkennen den Fokus auf europäische Zusammenarbeit an, halten es jedoch ebenso für notwendig, nicht-europäische Kooperationen auszubauen für eine gerechtere globale Forschungslandschaft.

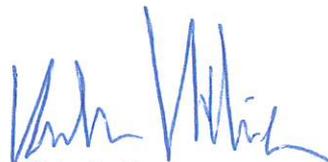
Conclusio

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Der ERA-NAP 2026–2028 kann einen wichtigen Beitrag zur Positionierung Österreichs im Europäischen Forschungsraum leisten. Jedoch müssen dafür die Perspektiven von Studierenden und Nachwuchsforschenden stärker berücksichtigt werden. Dazu braucht es die Einbeziehung von Studierenden als künftige Forschende, Maßnahmen gegen prekäre Beschäftigung, soziale Absicherung im Sinne von Chancengerechtigkeit, die verbindliche Beteiligung von Studierendenvertretungen sowie eine inklusive Mobilitätspolitik. Nur so wird der ERA-NAP zu einer Strategie, die zugleich gerecht, inklusiv und zukunftsfähig ist.

Mit freundlichen Grüßen,



Selina Wienerroither
Vorsitzende



Viktoria Kudrna
1. Stv. Vorsitz